

**HESSISCHER LANDTAG**

30.11.2016

HHA

Änderungsantrag**der Fraktion DIE LINKE**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die
Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017) in der Fassung der
Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses

Drucksache 19/4093 zu Drucksache 19/3674

Inhalt des Antrags: **Qualitätsoffensive Bildung**

Einzelplan **04** **Hessisches Kultusministerium**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 04 59 Schulen
Buchungskreis: 2300

lt. Leistungsplan alle Produkte

Bezeichnung lt. Leistungsplan diverse

Veränderung
von um auf

Leistungsplan:

Beträge in 1.000 EUR

Gesamtkosten	4.757.616,5	+317.600,0	5.075.216,5
Produktabgeltung	4.694.102,6	+317.600,0	5.011.702,6

Weitere Änderungen im Wirtschafts-/ Stellenplan:

Im Rahmen eines ersten Maßnahmenpaketes der „Qualitätsoffensive Bildung“ werden 4.000 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer eingestellt. Der Stellenplan ist entsprechend anzupassen.

Bei den Bewirtschaftungsvermerken im Kapitel 04 59 unter Punkt B. wird folgendes ergänzt:

„Nicht verausgabte Mittel können nach Kapitel 04 71 für Maßnahmen der Lehreraus-, Fort- und -Weiterbildung sowie zur Nachqualifizierung von Lehrerinnen und Lehrern umgesetzt werden.“

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Insbesondere drei große Herausforderungen des Hessischen Schulsystems benötigen intensive Ressourcenzuteilung:

1. Ganztagschulen nach Profil 3

Nach wie vor sind nur etwa 1% aller hessischen Grundschulen echte Ganztagschulen mit gebundener oder teilgebundener Konzeption. Für den tatsächlichen Ausbau echter Ganztagschulen (flächendeckend) werden in einem ersten Schritt 2.000 neue Lehrerstellen geschaffen. Statt des Pakts für den Nachmittag wird konzeptionell ein wirkliches schulisches Angebot in Kooperation mit Vereinen und Institutionen in rhythmisierter Form über den Schultag hinweg etabliert.

2. Inklusion

Um Inklusion flächendeckend und verbindlich in Schulen zu gewährleisten, werden ebenfalls 2.000 neu zu schaffende Lehrerstellen benötigt. Die Modellregionen sind abzuschaffen und einheitliche Standards sind zu etablieren. Zudem ist der Umgang mit nicht differenzierten Lerngruppen sowie interkulturelle Kompetenz verbindlich in die Lehrerbildung zu integrieren. Die Förderstunden sowie die Beratungseinheiten sind individuell nach tatsächlichem Bedarf abzustimmen und zu gewährleisten.

Wiesbaden, 30.11.2016

Für die Fraktion DIE LINKE
Der Fraktionsvorsitzende

Willi van Ooyen